Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 95 (2001)
Heft: 4

Artikel: Keine Amnestie für Apartheid-Profiteure!
Autor: Weibel, Amanda
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144291

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizer Trittbrettfahrer des Unrechtsregimes

Die Apartheidregierung war nicht die alleinige Nutzniesserin der äusserst vorteilhaften Kredit- und Umschuldungsverträge in Zeiten prekärer Finanznöte. Die Kreditgeber verstanden es, den Risiken entsprechende Zinssätze zu verlangen – denn das international geächtete rassistische Regime war von *Wirtschaftssanktionen* schwer geschädigt.

Eine Idee von der Grössenordnung der erwirtschafteten Profite geben Berechnungen *Mascha Madörins* aufgrund von Statistiken der südafrikanischen Reserve-Bank in einer *Grundlagenstudie* für die Kampagne[1]: Zwischen 1980 und 1993 dürften aus Investitionen insgesamt 41,5 Mia. US-Dollar in Form von Renditen und Zinsen ins Ausland geflossen sein. Allein für *indirekte* Investitionen (Aktien und andere Wertpapiere, Kredite in Händen von Schweizer Banken oder durch sie vermittelt) hat die *Schweiz* zwischen 1985 und 1993 Profite und Kommissionen von *jährlich etwa 300 Mio. Dollar* abgezogen. Nur schon die indirekten Profite dieser acht Jahre ergeben bereits das Doppelte von dem, was die südafrikanische Wahrheitskommission an individuellen Entschädigungszahlungen vorschlägt. Der von der Schweiz geleistete finanzielle Beitrag an die Arbeit dieser Kommission beträgt lächerliche 0.002% der in dieser Zeitspanne transferierten Gewinne.

In dieser Rechnung für die Schweiz sind weitere beträchtliche Beträge noch nicht enthalten: die Gewinne aus der Vermarktung von drei Vierteln der gesamten südafrikanischen *Goldproduktion,* die seit 1968 über Zürich verkauft wurden, sowie die Rendite von *Direktinvestitionen* aus der Schweiz. Die obengenannte Studie zeigt zudem, dass die Geschäftsbeziehungen mit der Schweiz für das Unrechtsregime immer wichtiger wurden. Seit der Demokratisierung nimmt das Südafrika-Engagement schweizerischer Investoren jedoch ab...

Amanda Weibel

Keine Amnestie für Apartheid-Profiteure!

Der Prozess zur Aufarbeitung der Vergangenheit, den Südafrika gewählt hat, ist einzigartig und international auf sehr viel Beachtung gestossen. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission hat zahlreichen Tätern Amnestie gewährt. Den Opfern wurde im Gegenzug eine «angemessene und faire Entschädigung» versprochen, wie dies im internationalen Völkerrecht verankert ist. Doch sie warten noch immer darauf. In ihrem Schlussbericht hat die Kommission auf die Verantwortlichkeit der Wirtschaft, auch der ausländischen Firmen, die in Südafrika tätig sind, hingewiesen. Die Forderungen der Kampagne Jubilee 2000 South Africa nach Schuldenstreichung und Entschädigung richten sich sowohl an die Regierungen der Kreditgeberländer als auch an die Konzerne und Banken, welche mit ihrer finanziellen Unterstützung die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems ermöglichten. In Davos hat die internationale Kampagne auf den stockenden Aufarbeitungsprozess aufmerksam gemacht – denn auch hierzulande geniessen die einstigen Profiteure weiterhin Amnestie... *A.W.*

Nutzniesser des Systems sollen bezahlen

Vertreterinnen und Vertreter der *südafrikanischen Zivilgesellschaft* haben ihre eigenen Vorstellungen davon, was sie von der Schweiz erwarten. Mitte Juni 1999 führte eine Delegation der südafrikanischen Schuldenstreichungskampagne Jubilee 2000 erste Kontaktgespräche mit BAWI, EDA und Parlamentsmitgliedern. Die besondere *Verantwortung der*

Schweiz bei Verhandlungen um Schuldenstreichung und Entschädigung begründen sie mit der zentralen Rolle von Schweizer Banken bei der Bereitstellung von Finanzen für das Apartheidregime, vor allem in Krisenzeiten. Die Schweiz solle jetzt ihre Verantwortung übernehmen und einen gerechten Beitrag zur Wiedergutmachung der Schäden in Südafrika und den Nachbarländern leisten.

Sie erinnern daran, dass die *Schweizer Regierung* die politischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Schweizer Banken mit dem Apartheidregime geschaffen hat, und es deshalb naheliegend wäre, wenn sie jetzt eine aktive Rolle in der Bewältigung vergangenen Unrechts spielen würde. Kapstadts Erzbischof Ndungane, Nachfolger des Nobelpreisträgers Desmond Tutu, wies Bundesrat Deiss bei einem persönlichen Gespräch darauf hin. Auch Ruth Dreifuss wurde mit einer Flut von Solidaritätsbriefen aus zahlreichen Ländern auf die Forderungen der Jubilee 2000 South Africa aufmerksam gemacht.

Im Namen der Kampagne hat die Aktion Finanzplatz Schweiz anlässlich des World Economic Forums in Davos im Rahmen des NGO-Kongresses *Public Eye* eine Veranstaltung zu diesem Thema organisiert. Dort haben zwei prominente Persönlichkeiten aus Südafrika, beide Leitfiguren der dortigen Kampagne die juristischen und ethischen Aspekte ihrer Forderungen an die Schweiz diskutiert: *Erzbischof Ndungane* war gleichzeitig Gast des offiziellen Forums und hatte daher verschiedene Gelegenheiten seine Botschaft zu vermitteln. Die Juristin *Yasmin Sooka* schilderte eindrückliche Zeugnisse, welche sie als Vizepräsidentin des Menschenrechtsverletzungs-Komitees der Wahrheits- und Versöhnungskommission anhörte, und die dringlichen Erwartungen der Opfer, welche aussagten.

Trotz der ungeheuren Polizeipräsenz gelangten Demonstrierende mit einem Transparent *«Keine Amnestie für Apartheid-Profiteure»* per Ski zur Pressekonferenz und überreichten der Vertretung Südafrikas vor laufenden Kameras Schweizer Noten mit dem Abbild Mandelas. Zusammen mit dem Erzbischof nahm Sooka den symbolischen Beitrag dankend in Empfang mit der Bemerkung, hoffentlich würden auch die tatsächli-

chen Financiers des Terrorregimes ihrer Verantwortung nachkommen.

Das Erbe der Apartheid

Die neue demokratische Regierung Südafrikas hatte bei Amtsantritt nebst einer gespannten Situation aus extrem *ungleicher Verteilung* entlang rassistischen Grenzen einen grossen *Schuldenberg* vom früheren Apartheidregime geerbt. Die Repressionsmassnahmen, der Destabilisierungskrieg gegen die Nachbarländer, die besondere Infrastruktur für die Rassentrennungspolitik – all dies machte die *Apartheidpolitik* zu einem äusserst *kostspieligen System.* Kredite aus dem Ausland waren für das Unrechtsregime unerlässlich und flossen reichlich – vor allem aus der Schweiz. Und ausgerechnet die Schulden aus diesen Krediten gehen jetzt zu Lasten der damals unterdrückten Bevölkerung. Daher lautet der Slogan der Kampagne *«Nicht zweimal für die Apartheid bezahlen».*

Verschiedene südafrikanische Organisationen wehrten sich dagegen, als immer mehr *Gesundheits- und Bildungsausgaben gekürzt* wurden (an sich erneut eine Beschneidung von Menschenrechten), um diese Schulden zu bedienen. Mit Partnern aus dem Umfeld der ehemaligen *Anti-Apartheid Bewegung der Hauptkreditgeberländer* Südafrikas (Deutschland, England, Vereinigte Staaten und Schweiz) wurde eine internationale Kampagne lanciert, sozusagen als Weiterführung ihres Engagements. Gefordert werden zum einen der Erlass aller von der Apartheid verursachten Schulden im Südlichen Afrika und zum anderen Reparationszahlungen für die daraus entstehenden Schäden.

Diesen Forderungen liegt die Idee zugrunde, dass Kreditgeber eine *Mitverantwortung* für die zerstörerische Politik jenes illegitimen Regimes tragen, das durch ihre finanzielle Unterstützung weitergeführt werden konnte. Adressaten der Kampagne sind somit explizit diejenigen, welche – UNO-Sanktionen hin oder her – weiterhin Geschäfte mit Südafrika tätigten. Dazu gehören in erster Linie deutsche und Schweizer Banken.

Odious Debts – Verabscheuungswürdige Schulden im Völkerrecht

Die südafrikanische Kampagne Jubilee 2000 stützt sich auf eine hundertjährige *Doktrin der internationalen Rechtsprechung:* die Doktrin der Odious Debts (verabscheuungswürdige Schulden)[2]. Gemäss dieser können in bestimmten Fällen demokratische Nachfolgeregierungen von illegitimen Regimes die Haftung für internationale Schulden ihrer Vorgänger ablehnen.

Im Völkerrecht wurde der Begriff «odious debts» von *Alexander Sack,* einem früheren Minister im zaristischen Russland, anschliessend Professor der Rechtswissenschaft in Paris, geprägt: «Wenn eine despotische Macht Schulden verursacht, welche weder den Bedürfnissen noch den Interessen des Staates entsprechen, sondern nur dazu dienen, ein despotisches Regime zu stärken und den Widerstand der Bevölkerung zu unterdrücken ..., so sind diese Schulden verächtlich oder 'odious' gegenüber dem Volk dieses Staates.» Weiter führt er aus, dass diese Schulden keine Verpflichtung für diesen Staat sind, sondern «dettes de régime», also *persönliche Schulden der Machthaber.* Damit verfalle die Verpflichtung, «wenn das verursachende Regime gestürzt wird». Ebenfalls in die Kategorie von «verabscheungswürdigen» Schulden zählt Sacks diejenigen Kredite, welche den «persönlichen Interessen» der Herrschenden dienten, also aus *Korruption* stammen.

Das Bedeutende an einem solchen juristischen Instrument liegt darin, dass einmal die Kreditgeber illegitimer Regime für ihre Rolle finanzielle Einbussen riskieren. Wenn solche Beispiele Schule machen, könnten die privaten Finanzflüsse an heutige Despoten bald austrocknen, ohne dadurch Kredite an legitime

Regierungen zu tangieren. *Jo Hanlon* von der Schuldenstreichungskampagne Jubilee 2000 England schätzt, dass etwa ein *Fünftel der Schulden* von Entwicklungsländern aus Krediten entstanden sind, die Diktatoren stützten, mit denen westliche Regierungen strategische Interessen verbanden.

Patricia Adams, Autorin eines Buches mit dem Namen «Odious Debts»[3], schätzt das Ausmass ausstehender «verabscheuungswürdiger Schulden» auf 400 Mia. Dollar und verweist auf Aussagen der Weltbank, wonach bis zu 30 Prozent der geliehenen Kredite direkt in die Taschen korrupter Eliten verschwinden. Diese Grössenordnungen machen deutlich, welch zentrale Rolle der Doktrin nicht zuletzt für die *Vermeidung weiterer Schuldenkrisen* zukommt. Wenn dagegen die «illegitimen» Schulden unterdrückerischer Regime wie der Apartheidregierung, der Kleptokratie *Mobutus* oder der für den Genozid mitverantwortlichen Regierung *Rwandas* voll und ganz den Gläubigern zurückbezahlt werden – womöglich mit der Unterstützung internationaler Institutionen –, so bestätigt das die Investoren in der Auffassung, dass sich eine unethische Kreditvergabepraxis weiterhin lohnt.

Vergangenheitsbewältigung – nicht nur im Ausland

Dass die Schweiz besonders gute wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Beziehungen zum ehemaligen Apartheidregime pflegte, war bereits in den 80er Jahren bekannt. Die Anti-Apartheid-Bewegung machte damals jedes Schweizer Schulkind auf das intensive Engagement der Schweizer Banken in Südafrika aufmerksam. Bei der Frage, wie weit auch die Beziehungen zwischen den *Regierungen,* auch zwischen dem *Militär* und den *Geheimdiensten* beider Länder gegangen sind, bedarf noch vieles einer genaueren Abklärung.

Erst seit kurzem ist auch der *Bundesrat* nicht länger anderer Meinung. Anfangs Oktober letzten Jahres ist der lang erwartete Bericht der «Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz–Südafrika» veröffentlicht worden. Zu den neuen Eingeständnissen gehört, dass ein Untersuchungsbedarf anerkannt wird und dass die frühere Haltung des Bundesrates gegenüber Sanktionen «nicht sehr weitsichtig» gewesen sei. Aufgrund des öffentlichen Drucks, insbesondere aus dem Umfeld der «Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika», werden nun im Rahmen des *nationalen Forschungsprogramms* die Verbindungen dieser Länder unter die Lupe genommen.

Doch aus verschiedenen Ecken ertönen bereits Stimmen, die sich mit den zögerlichen Bemühungen nicht zufrieden geben. Die wichtigste Kritik zielt nebst dem bescheidenen finanziellen Rahmen auf die *Einschränkung der Forschungstätigkeit,* da die Öffnung privater Archive von Banken und Unternehmen nicht gewährleistet ist. Eine Gruppe Schweiz–Südafrika von Parlamentsmitgliedern verfolgt die Prozesse und lanciert Anfragen zur Thematik. Gleichzeitig arbeitet eine alternative Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika daran, eine ganze Reihe von Studien unter dem Label *«Apartheid-Connections»* zu veröffentlichen.[4] •

[1] Apartheidschulden: der Anteil Deutschlands und der Schweiz. Von Mascha Madörin und Gottfried Wellmer mit einem Beitrag von Martina Egli. Brot für die Welt. Stuttgart, Februar 1999.

[2] Apartheid-Connections 2: Odious Debts. Hinterlassenschaften der Diktatoren, hg. von Amanda Weibel, Aktion Finanzplatz Schweiz und Recherchiergruppe Schweiz–Südafrika, Zürich 2000, Fallstudien mit Beiträgen von Jeff Rudin (Südafrika), Naty Bernardino (Philippinen), Alejandro Olmos (Argentinien), David Ugolor (Nigeria).

[3] Patricia Adams, Odious Debts, Loose Lending, Corruption And the Third World's Environmental Legacy. Probe International, 1991.

[4] Apartheid-Connections 1: Diskrete Diplomatie als Alibi. Die Schweizer Aussenpolitik gegenüber Südafrika, hg. von der Recherchiergruppe Schweiz–Südafrika, Zürich 2000.